

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Hauptstadt: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Reichert.

Postfachkonto: Dresden 1530
Großstraße Leipzig Nr. 22.

Nr. 66.

Sonnabend, 19. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; bis 29 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige. Zusätzliche und tabellarischer Satz 50%, Kuchschlag, feste Tarife. Gemalteter Absatz erfolgt, wenn der Betrag vorläufig eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Rechtliche Unterhaltungsbeilage. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Leipzig.

Sachsen fordert 900 Millionen RM. vom Reich.

Dresden, 19. März. Wie der Teutonia-Sachsenland berichtet, werden jetzt im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Neuordnung des Reichsfinanzausgleichs, die bekanntlich für Sachsen eine sehr ungünstige Wendung genommen haben, die Forderungen des sächsischen Staates für die Uebertragung seiner Staatsbahnen an das Reich erneut zur Diskussion gestellt. Der mit dem Reich abgeschlossene und vom Landtag genehmigte Vertrag vom 1. April 1920 sah eine Abfindungssumme vor, die zu einem Teile durch Uebernahme der fundierten und schwedenden Staatsschulden Sachsens durch das Reich beglichen wurde. Außerdem verblieb ein Restanspruch, das nach einem besonderen Schlüssel zu berechnen war. Eine Regelung dieser Restansprüche, die von unterrichteter Stelle auf 900 bis 900 Millionen Mark geschätzt wird, ist bisher noch nicht erfolgt. Eine Einigung zwischen dem Reich und den beteiligten Ländern konnte in den geführten Verhandlungen nicht erzielt werden. Bei der Regelung des Reichsfinanzausgleichs sollte diese Frage ebenfalls vereinbart werden. Da jetzt auch von Preußen und Bayern ähnliche Ansprüche geltend gemacht werden, wird Sachsen diese Angelegenheit nunmehr mit kürzerem Nachdruck verfolgen.

Russlands Gegenpiel.

In einer Beziehung dürfte sich jedenfalls Herr Chamberlain getraut haben: In Moskau hat die sensationelle Erklärung Scialojas im Senat nicht den Eindruck ausgeübt, den England erwartete und auch erhoffte. Wohl hat sich die Sowjets der Bedeutung, die Chamberlain diesem italienischen Schritt gibt, bewußt. Man hat in Moskau erkannt, und es sorgsam registriert, daß Italien sich der Eintragspolitik Londons verschrieben hat. Aber man hat sich, auch mit dieser Tatsache sehr rasch abgefunden. Ein Mitglied mehr in der Kette, die Europa um das bolschewistische Russland legen will. Ein Dorn in der Seite Moskaus ist die Antwort. Die Sowjets sind sich ihrer Macht bewußt, ihrer führenden Position in Asien und schließlich auch der nicht zu leugnenden Tatsache, daß dieses gegen Russland auf den Plan tretende Europa zu seiner eigenen Rettung auf die Wirtschaftspolitik des ungeheuren russischen Reiches angewiesen ist. Dieses Achselzucken in Moskau über die Pläne Chamberlains ist vielleicht auch nicht unbeeinträchtigt von einer Erkenntnis der Komplikationen, die sich immer deutlicher am Horizont der europäischen Politik abzeichnen. So genau wissen die Sowjets, daß es nicht Europa selbst ist, das diesen Ring um Russland zu schlingen gedenkt, sondern nur der Machtwill des großbritannischen Imperialismus, der es verstanden hat, europäische Trabanten und ihre kleinen selbstständigen Interessen an den Kurs seiner politischen Ziele zu binden. Weist man die Kommentare des offiziellen sowjetischen Organs, der „Pravda“ durch, so erkennt man, wie wenig der „sensationalle Schritt“ Russlands die Sowjets, bisher wenigstens, zu betreten vermochte. Chamberlain in London so gediegener „Sieg“ wird hier als ein dramatischer Widerstoß seiner Politik Russland gegenüber ausgelegt. Wenn auch das, was die „Pravda“ im Zusammenhang mit der Eintragspolitik Chamberlains über die Beziehungen Deutschlands zu England zu sagen weiß, den Tatsachen nicht entspricht, so ist es doch ganz interessant zu vernehmen, welche Rolle Deutschland in den Gedankenengängen der russischen Politik spielt. Deutschlands angebliche Ablehnung des Vorschlages von Chamberlain (eine Ablehnung, die niemals erfolgte, weil ein diesbezüglicher Vorschlag Chamberlains nie gemacht wurde) wird von der „Pravda“ sehr naiv so begründet, als ob die Abgabe Deutschlands aus dem Grunde erfolgt sei, weil England, Deutschland nicht genügende Äquivalente habe anbieten können, um es zu bewegen, politische und Handelsvorteile zu opfern, die ihm seine freundschaftlichen Beziehungen zu Russland bieten.“ Sehr kennzeichnend für die russische Ansicht ist die weitere Behauptung der „Pravda“, daß Frankreich nicht die geringste Lust habe, eine englisch-deutsche Annäherung aus seiner Tasche zu bezahlen. Frankreich sage sich ganz richtig, wenn es notwendig werden sollte, gegenüber Deutschland nachzugeben, werde diese Nachgiebigkeit immer noch rechtzeitig erfolgen können und besser ohne englischen Zwischenhändler. Nach Annahme der „Pravda“ ist die deutsche Bereitwilligkeit, die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder aufzunehmen, nur auf englischen Druck hin in Erwägung getreten. Aber die Auslösung Deutschlands mit Polen, oder vielmehr die Behauptung der in den letzten Wochen so zugespitzt gewordenen Freile zwischen Berlin und Warschau sei nicht gleichbedeutend mit einem Eintreten Deutschlands in die antirussische Front. Somit ergebe sich für die russische Politik die erfreuliche Tatsache, daß Chamberlain seine deutschen und französischen Partien in seinem Eintragsspiel aus den Händen haben geben müssen.

Die Presse Moskaus läßt auch ganz offen erkennen, in welcher Richtung das Gegenpiel der Sowjets angelegt werden soll. Sagt sich Chamberlain, ich habe Italien zum Partner gewonnen, so sagen sich die Sowjets, wir haben durch den Abschluß des russisch-italienischen Handelsvertrages und des russisch-türkischen Handelsvertrages zwei Freunde gewonnen, die eine nicht mehr zu schätzende Brezche in dem Wall schlagen, den Herr Chamberlain so sorgsam aufweist. Die dort sich das Bedenken in Moskau ausdrückt, dem neuen Gegner der

Vor neuen Ereignissen in Osteuropa?

Berlin, 19. März. Die polnisch-litauische Beziehungen haben neuerdings wieder eine bedenkliche Spannung erfahren. Nicht nur in Moskau, sondern auch in Berlin liegen Informationen vor, daß das Warschauer Kabinett nunmehr einen Druck auf Litauen ausüben wolle, und zwar dahingehend, daß die litauische Regierung nunmehr gewissen Forderungen Polens zustimmt, die verschiedene Differenzen zwischen beiden Mächten aus dem Wege schafft. Nachdem sich Polen in den Besitz von Kowno gesetzt hat, hält man es in den polnischen Kreisen der Reichshauptstadt nicht für ausgeschlossen, daß Polen jetzt einen Vorwand sucht für einen neuen militärischen Handreich in Litauen.

Unüberhörten Gerüchten zufolge habe man in Warschau die militärische Bewegung von Kowno für den 19. März, dem Geburtstag Pilsudskis vorgesehen. Es ist durchaus nicht von der Hand zu weisen, daß im Zusammenhang mit den Beziehungen des britischen Außenministers, Rusland zu isolieren, das Londoner Kabinett Polen die Zustimmung für einen derartigen neuen militärischen Handreich gegenüber Litauen gegeben hat. Tatsache ist jedenfalls, daß die Warschauer Regierung an der polnisch-litauischen Grenze größere Streitkräfte konzentriert hat. Auf neue Ueberwachungen in Osteuropa wird man sich somit gefaßt machen müssen. Ob die Sowjet-Regierung sich einem etwaigen Einmarsch Polens in Litauen gegenüber neutral verhalten wird, muß bezweifelt werden, umso mehr, als zwischen Litauen und Sowjetrußland ein Freundschaftsvertrag besteht und gegenwärtig neue Verhandlungen im Gange sind, die auf den Ausbau dieses Abkommens hinauslaufen. Angesichts der Uneinigkeit der Parteien in Litauen ist im übrigen kaum damit zu rechnen, daß die litauische Bevölkerung einem neuen Einfall Polens militärischen Widerstand entgegen setzen wird.

Italienische

Berdächtigungen gegen Jugoslawien.

Rom. Der Balkan-Sonderberichterstatter des Giornale d'Italia meldet beunruhigende militärische Vorbereitungen Jugoslawiens, nach denen eine allgemeine Mobilisation gegen Albanien vorgenommen werde. In allen Grenzen der verklärte Jugoslawier keine Truppen, insbesondere aber an den albanischen und italienischen Grenzen. Gleichzeitig würden die weissen Brigaden und Divisions-Kommandos stellen neu besetzt und eine militärische Organisation der Komitatstribus durchgeführt. In aller Eile würden die Eisenbahnlinien und Chaneeen Jugoslawiens ergänzt und umgebaut. So sei die wirtschaftlich unbedeutende Eisenbahnlinie Belgrad-Sienka zweifach ausgebaut und die Militärstraße Belgrad-Trauzjevo-Kosovo unter Einzugsicherung der Bevölkerung zu den Arbeiten erneuert worden. In den Arsenalen sei die Arbeiterzahl verdreifacht. Im Ausland dränge Jugoslawien auf beschleunigte Lieferung von Kriegsmaterial und Ausrüstungsgegenständen. Alles weise auf eine unvorhergesehene Mobilisation hin.

Dieser Bericht kommentiert das Blatt dahin, daß die Nachrichten über diese jugoslawischen Rüstungen bis ins einzelne kontrolliert seien. Unzweifelhaft sei in Jugoslawien eine Richtung am Ruder, die alles andere als einen Frieden auf dem Balkan und eine Freundschaft mit Italien beabsichtige. Unzweifelhaft sei aber auch, daß Jugoslawien bei dieser Politik der bewaffneten Faust und der verächtlichsten Provokation von einer anderen europäischen Macht unterstützt werde. Während man in Genf die Abrüstungskonferenz vorbereitete, schüre Frankreich auf dem Balkan Mißtrauen gegen Italien und versuche, die kleine Entente in einen Balkanblock zu verwandeln, um die italienische Balkanpolitik zu zerkleinern.

russischen Politik, Italien, einen Knäuel vor die Beine zu werfen, das lehnen die überall in der russischen Presse auftauchenden Meldungen aus Ungarn über eine steigende Beforgnis der türkischen Regierung wegen der englisch-italienischen Campaigne, die die italienischen Expansionsbestrebungen in Kleinasien unterhält erkennen ließe. Inwieweit sich die türkische Regierung aus Grund der von Moskau so sorgsam geäußerten Beforgnis dazu treiben lassen wird, aus ihrer bisherigen neutralen Reserve herauszutreten, steht allerdings dahin. Man sieht jedenfalls aus den Äußerungen der Moskauer Presse, daß den türkisch-russischen Beziehungen eine bestimmende Rolle in dem Kanäle gegen die englische Eintragspolitik zuteil wird. Und der allerdings beigelegte Vorkriegsbericht dürfte genähert, weis er erster Gegner England in der Türkei wiedersehen kann. Das sind alles Gedankenengänge und Erkenntnisse, die etwas Wasser in den schäumenden Wein der englischen Begeisterung über den neu gewonnenen italienischen Freund schütten dürften.

Sorgt über die Aufwertungsfrage.

Berlin. Der Rechtsausschuß des Reichstages befaßt sich gestern mit der Aufwertungsfrage. Nachdem Abg. Dr. Best seinen Entwurf begründet hatte, ergriff Reichsinhaltminister Gergel das Wort. Er erklärte u. a. folgendes: Die Reichsregierung will an dem Gebiete der Rentenversicherung 25 Millionen RM. zur Verfügung stellen

Generalstreik in Lodz?

Warschau. (Telunon.) Gestern fand ein Ministerrat statt, der sich mit der Lage in Lodz befahte. Es wurde beschlossen, sich an die Unternehmer sowie Arbeiter zu wenden und sie aufzufordern die Schlichtung des Konflikts einer amtlichen Schlichtungskommission zu übergeben. Eine solche wurde auch gleich ernannt und aus Piefanzler Bariele, Handelsminister Kowalski und Arbeitsminister Jurkowski zusammengesetzt. Die Arbeiter in Lodz lehnten jedoch diesen Vorschlag ab und erließen nachmittags einen Aufruf, der sämtliche Arbeiter, Angehörigen, mit Ausnahme der der Krankenhäuser anforderte, um Mitternacht in den Generalstreik zu treten. Das offizielle sozialistische Blatt in Lodz bringt diesen Aufruf in einer besonderen Beilage.

Die Generalstreikvoraufrage nicht widerrufen.

Warschau. (Funkpruch.) Die Mitteilung der Regierung, daß sie zu einer Vermittlung im Lodzger Textilarbeiterstreik bereit sei, falls dieser sofort eingestellt werde, hat nicht zu einer Abgabe des für heute im Lodzger Bezirk angefügten Generalstreikbeschlusses geführt. Der Streik wird sich auf alle Industrieunternehmen und auch auf sämtliche lebenswichtigen Betriebe erstrecken. Ausgenommen sind die Krankenhäuser, Krankenkassen und der Rettungsdienst. Die Antwort der Arbeiterchaft auf den Vermittlungsaufruf der Regierung wird für heute mittag erwartet.

Schanghai vor dem Fall.

London. Nach Meldungen aus Schanghai schreitet der Zusammenbruch der nordchinesischen Armeen unangenehm fort. Die Kantontuppen haben die Stadt vor Kanting Tor; schließlich ist die Uebergabe der Stadt zu erwarten. Damit wären die in Schanghai stehenden Truppen Tschang-Kaungtschangs von jeder Verbindung nach dem Norden abgeschnitten, so daß auch die Uebergabe von Schanghai aufgegeben wäre.

Der in Schanghai ausgebrochene Generalstreik soll so lange anhalten, bis die Kantontuppen von der Stadt weichen und sich zurückziehen haben. Dem Terror der radikalen Gewerkschaften sind heute wieder zwei Streikgegner zum Opfer gefallen. Dieser Terror hat nunmehr dreißig Personen zum Opfer gebracht. In Schanghai überfielen gestern vier bewaffnete Chinesen den Inhaber einer bekannten englischen Firma und zwangen ihn unter Mißhandlungen, einen Scheck über 1200 Pfund zu unterzeichnen. Der Ueberfallene wurde heute morgen erschöpft in seiner Wohnung aufgefunden, während der Scheck bereits eingelöst worden war.

London. (Funkpruch.) Neuter meldet aus Schanghai: Der Generalstreikparole ist bisher nicht allgemein Folge geleistet worden. Die Zahl der Streikenden beträgt gegenwärtig 22 000. Der gestrige Tag verlief zum ersten Mal seit Wochen, ohne daß sich eine Mordtat ereignet.

Kanting gefallen?

Moskau. Nach Meldungen aus Moskau soll Kanting bereits von den Kantontuppen erobert worden sein. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt aber noch nicht vor.

In Verantwortung des amerikanischen Protektes wegen Beschlehung eines amerikanischen Kriegsschiffes durch die Kantontroppe hat sich die Kantontregierung zum Schiedsergebnis bereit erklärt.

zur Verhinderung der Devisen. Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, den Anton Emminger, betreffend Parahidras der Auslösungsrechte von Personen über 65 Jahren, die nicht mehr als 3000 RM. Einkommen haben, durchzuführen und daneben in möglichst weitem Umfange die Bedürfnisse der Vorzugsgewerkschaften zu gewähren. Die von dem Abg. Best geäußerte Annahme, die Regierung habe auch dem Reichsgerichtspräsidenten mit Bezug auf seine brieflichen Anmerkungen zur Aufwertungsfrage irgendeinen Druck ausgeübt, muß zurückgewiesen werden. Wie man auch vor einhalb Jahren zur Aufwertungsfrage gekandelt haben mag, jetzt muß man daran festhalten, daß das vom Reichstag nach schweren Kämpfen geschaffene Aufwertungsrecht ein Werk von Dauer bleibt. Das Gesetz hat zur Festlegung der Währung beigetragen und den Gläubigern sehr reale Werte gebracht. Der im nächsten Jahre in Kraft tretende höhere Zinsfuß von 5 Prozent für Aufwertungsanleihen wird die Lage der Gläubiger weiter verbessern. Wenn in dem neuen Volksgehren der Bevölkerung eine hundertprozentige Aufwertung in Aussicht gestellt wird, so muß das eine bedeutliche Beunruhigung in die deutsche Bevölkerung tragen. Gegenüber diesen Forderungen zeigen die Wünsche der juristischen Arbeitsgemeinschaft mehr Selbstbeschränkung, wenn auch die Regierung sich ihre Forderungen nicht überall zu eigen machen kann. Der Regierungsentwurf hält an den Grundlagen des Aufwertungsrechtes fest. Er richtet an die Abgeordneten den dringenden Appell: Sehen Sie mit, daß nun endlich die neue Beunruhigung beseitigt wird.